

KANALABGABENORDNUNG der Marktgemeinde Krieglach

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Krieglach hat in seiner Sitzung vom 10.12.2014 gemäß § 7 Kanalabgabengesetz 1955, LGBl. Nr. 71, in der letzten Fassung LGBl. Nr. 81/2005 nachstehende Kanalabgabenordnung beschlossen:

§ 1

Abgabeberechtigung

Für die öffentliche Kanalanlage der Marktgemeinde Krieglach werden aufgrund der Ermächtigung des § 8 Abs. 5 Finanzverfassungsgesetzes 1948, BGBl. Nr. 45, und aufgrund des Kanalabgabengesetzes 1955 Kanalisationsbeiträge und Kanalbenützungsgebühren nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Verordnung erhoben.

§ 2

Kanalisationsbeitrag

Für die Entstehung des Abgabenspruches, die Ermittlung der Bemessungsgrundlage, die Höhe der Abgabe, die Inanspruchnahme des Abgabepflichtigen sowie die Haftung und die Strafen gelten die Bestimmungen des Kanalabgabengesetzes 1955.

§ 3

Höhe des Einheitssatzes

(1) Die Höhe des Einheitssatzes gemäß § 4 Abs. 2 des Kanalabgabengesetzes 1955 für die Berechnung des Kanalisationsbeitrages beträgt 3,89 % der durchschnittlichen ortsüblichen Baukosten je Laufmeter der öffentlichen Kanalanlage, somit für Schmutzwasserkanäle € 10,91

(2) Dieser Festsetzung liegen Gesamtbaukosten von € 12.275.172,58 vermindert um die aus Bundes- und Landesmitteln in Höhe von € 1.247.427,89 gewährten Beiträge und Zuschüsse, somit eine Baukostensumme von € 11.027.744,69 und eine Gesamtlänge des öffentlichen Kanals von 39.349 m zugrunde.

(3) Für Hoffflächen, das sind ganz- oder teilweise von Baulichkeiten umschlossene Grundflächen (in Quadratmetern), deren Entwässerung durch die Kanalanlage erfolgt, wird 50 % des Einheitssatzes in Anrechnung gebracht.

(4) Für unbebaute Flächen (in Quadratmetern) mit künstlicher Entwässerung in die öffentliche Kanalanlage wird 10 % des Einheitssatzes in Anrechnung gebracht.

§ 4

Kanalbenützungsgebühr

(1) Die jährliche Kanalbenützungsgebühr (§ 6 Kanalabgabengesetz 1955) ist für alle im Gemeindegebiet gelegenen Liegenschaften zu leisten, die an den öffentlichen Kanal angeschlossen sind.

(2) Die Kanalbenützungsgebühren werden mit € 1,92/m³ verbrauchtem Trink- oder Nutzwasser festgesetzt. Die Kanalbenützungsgebühren werden für Gewerbebetriebe ab einem Verbrauch von über 1.500 m³/Jahr auf € 1,66/m³ und ab einem Verbrauch von über 8.000 m³ auf € 0,96/m³ (50 % des Ausgangsbetrages) für den ab den vorgenannten Schwellwerten übersteigenden Verbrauch reduziert. Bei landwirtschaftlichen Betrieben reduziert sich die Gebühr ab einem Verbrauch von über 400 m³ auf € 1,66/m³ für den diesen vorgenannten Schwellenwert übersteigenden Verbrauch. Voraussetzung für die Reduzierung ist jedenfalls, dass die Verbrauchswerte durch einen geeichten Wasserzähler nachgewiesen werden.

(3) Kann der Wasserverbrauch nicht durch einen geeichten Wasserzähler festgestellt werden, so wird die Verbrauchsgebühr nach einer **Pauschale, die pro Einwohnerequivalent (EGW) einen Wasserverbrauch von 40 m³ vorsieht** berechnet.

Dabei werden folgende Pauschalsätze herangezogen:

Wohnobjekte: pro gemeldeter Person 1 EGW
Mindestens jedoch 1 EGW

Gaststätten und
Beherbergungsbetriebe: pro Sitzplatz 0,2 EGW
bzw. pro Gästebett 0,5 EGW
pro Arbeitnehmer 0,5 EGW

sonstige Betriebe: pro Arbeitnehmer 0,5 EGW

Beherbergungsbetriebe/
nicht gewerblich: pro Gästebett 0,5 EGW

Ferienwohnung bzw.
Ferienhaus: pro gemeldeter Person 1 EGW
mindestens jedoch 1 EGW

Die Feststellung der Arbeitnehmer erfolgt bei Saisonbetrieben monatlich und wird im Zuge der Endabrechnung der Durchschnittswert eines Jahres herangezogen.

Die Feststellung der Arbeitnehmer aller sonstigen Betriebe, die keinen saisonalen Schwankungen unterliegen erfolgt am 01. Oktober jeden Jahres.

(4) Bei einem Wasserverbrauch von weniger als 40 m³ je Zählerleinrichtung und Jahr werden 40 m³ als Mindestverbrauch unabhängig vom tatsächlichen Verbrauch in Rechnung gestellt.

(5) Als Grundgebühr für Fäkalkanal wird jährlich die festgestellte anrechenbare Fläche (Bruttogeschoßfläche) mit € 0,33 pro m² berechnet. Für Regenwasserkanal wird jährlich die festgestellte anrechenbare Fläche mit € 0,23 berechnet. Grundlage sind die nach § 4 Abs. 1 des Kanalabgabengesetzes 1955 i.d.d.g.F. zu ermittelnden Flächen.

§ 5

Gebührenpflichtige, Entstehung der Gebührenschuld, Fälligkeit

(1) Zur Entrichtung der Kanalbenutzungsgebühr ist der Eigentümer der an die öffentliche Kanalanlage angeschlossenen Liegenschaft, sofern dieser aber mit dem Bauwerkseigentümer nicht identisch ist, der Eigentümer der an die öffentliche Kanalanlage angeschlossenen Baulichkeit verpflichtet. Die für die Liegenschaftseigentümer/innen geltenden Bestimmungen finden sinngemäß auch auf Personen Anwendung, die zur Nutzung des Grundstückes berechtigt sind oder es verwalten.

(2) Die Gebührenschuld für die Kanalbenutzung entsteht mit dem Ersten des Monats, in dem die Liegenschaft an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen wird.

(3) Die jährliche Kanalbenutzungsgebühr ist in vier Teilbeträgen und zwar jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig.

§ 6
Umsatzsteuer

Allen vorgenannten Beiträgen und Gebühren ist die gesetzliche Umsatzsteuer hinzuzurechnen.

§ 7
Veränderungsanzeige

Treten nach Zustellung des Abgabenbescheides derartige Veränderungen ein, dass die demselben zugrundegelegten Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, so hat der Abgabepflichtige diese Veränderungen binnen 4 Wochen nach ihrem Eintritt oder Bekanntwerden der Gemeinde schriftlich anzuzeigen.

§ 8
Inkrafttreten und Außerkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt mit Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Monatsersten in Kraft.
- (2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Kanalabgabenordnung der Marktgemeinde Krieglach einschließlich der inzwischen durchgeführten Änderungen außer Kraft.

Für den Gemeinderat:
Der Bürgermeister:

Regina Schmittwiesel

Krieglach, am

angeschlagen am: 11.12.2014

abgenommen am: 29.12.2014